

Herausgegriffen**Marx' langer Schatten****cei. Frankfurt, im Oktober**

In ihrem Land gehe es ungerecht zu, meinen 57% der vom Demoskopieinstitut Infratest Dimap befragten Deutschen. Unterstützt wird denn auch grossmehrheitlich der Vorschlag von SPD-Chef Kurt Beck auf Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Berufstätige sowie flächendeckende Mindestlöhne. In Ostdeutschland sind sogar 72% der Menschen der Ansicht, die Verhältnisse seien ungerecht. Sollte man nicht gerade von diesem Teil der Bevölkerung, der in einem Landstrich lebt, wo fast 45 Jahre staatliche Gleichmacherei herrschte, eine grössere Skepsis gegenüber Umverteilungsmassnahmen erwarten? Oder wirkt hier die lange Phase marxistisch-leninistischer Indoktrination nach? Haben die Menschen die Ideologie verinnerlicht, dass nur ein starker Staat das individuelle Wohlergehen befördern kann? Aber vielleicht ist die Erklärung ja banaler: Da in Ostdeutschland die Einkommen im Schnitt um rund 20% niedriger sind als im Westen und die Arbeitslosenquote doppelt so hoch ist, können Ostdeutsche auch eher damit rechnen, von noch mehr Umverteilung zu profitieren.

*

Die Trennung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die Wiedervereinigung (1990) sind eine ideale «Übungsanlage», um der Frage nachzugehen, wie der Kommunismus die Einstellungen der Menschen geprägt hat. So waren vor dem Krieg das Wahlverhalten und das Pro-Kopf-Einkommen in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich. Wenn das politische System keinen Einfluss hat, sollte man in den Ansichten zwischen Ost- und Westdeutschen nach der Wiedervereinigung deshalb keine nennenswerten Unterschiede finden. In einer faszinierenden Studie haben die beiden Harvard-Ökonomen Alberto Alesina und Nicola Fuchs-Schündeln untersucht, ob in Deutschland «zusammenwächst, was zusammengehört» («American Economic Review», September 2007). Grundlage waren jährliche Befragungen von rund 10 000 ost- und westdeutschen Haushalten. Dabei wurden diese 1997 und 2002 auch gefragt, ob im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflege und Alter privaten oder staatlichen Lösungen der Vorzug zu geben sei. Besonders zwei Resultate sind bemerkenswert. Erstens begrüssen «Ostdeutsche» – in der Studie definiert als Personen, die vor der Wiedervereinigung in der DDR gelebt hatten, unabhängig davon, wo sie heute wohnen – staatliche Interventionen deutlich häufiger als Westdeutsche. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Ostdeutscher in zentralen Lebensbereichen nach dem Staat ruft, lag 1997 im Schnitt um rund 15 Prozentpunkte höher als bei einem sonst vergleichbaren Westdeutschen (in Westdeutschland lag die Zustimmung für eine primär staatliche Lösung je nach Gegenstand zwischen 38% und 65%). Zweitens hat sich zwischen 1997 und 2002 der Unterschied leicht verringert. Wenn man aber die Geschwindigkeit extrapoliert, dürfte es bis zu einer Angleichung noch ein bis zwei Generationen gehen. In dieses Bild passt laut den Autoren, dass die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die PDS, im Jahr 2002 in Ostdeutschland mit 17% deutlich weniger Stimmen machte als noch 1998 mit 22%. Allerdings kam die als Linkspartei firmierende PDS im Jahr 2005 in Ostdeutschland mit 25% auf ihr bisher bestes Resultat. Zudem hat auch im Westen die Zahl derjeni-

gen zugenommen, die mehr «soziale Gerechtigkeit» und somit mehr Umverteilung fordern. Ein Zyniker könnte daraus folgern, eine Annäherung der politischen Präferenzen finde sehr wohl statt – allerdings mit umgekehrtem

*

Noch nicht beantwortet wurde die Frage, ob nicht so sehr der Marxismus-Leninismus als vielmehr die hohen Transfers von West nach Ost die Vorliebe der Ostdeutschen für den Staat erklären. Tatsächlich hat der Mittelfluss die erwartete Wirkung, doch er erklärt nur einen Viertel des «Ost-Effektes». Drei Viertel bleiben also als «reiner» Effekt des Kommunismus übrig, was Indoktrination oder aber auch einfach die Gewöhnung an dieses System einschliesst. Damit erweist sich diese Ideologie als doppelt perfide: Der Kommunismus hat den Menschen nicht nur den Kopf verdreht. Erstickt wurden auch Eigeninitiative und Unternehmergeist, was die Wirtschaft ruinierte. Und diese relative Armut im Vergleich mit dem Westen macht es noch zusätzlich attraktiv, nach dem Staat zu rufen.